Bahninfrastruktur: Schlechte Osterbotschaft für die Zentralschweiz

Kritische Haltung der ZKöV zur Vernehmlassungsvorlage Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI)

Mit der Finanzierungsvorlage für die Bahninfrastruktur (FABI) priorisiert der Bund die Ost-West-Achse. Die für die Zentralschweiz wichtige Gotthardachse wird vernachlässigt. Dass die Zentralschweizer Kantone anderswo den Ausbau nationaler Schienennetze mitfinanzieren sollen, ist deshalb umso widersprüchlicher. Die Zentralschweiz will dies nicht hinnehmen. Es braucht auch mehr Zeit und Geist für eine grundlegend neue Finanzordnung.

Die Zentralschweizer Konferenz des öffentlichen Verkehrs (ZKöV) hat an ihrer Frühjahrssitzung eine erste Analyse der Vernehmlassungsvorlage Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI) vorgenommen. Ernüchtert stellt der ZKöV-Präsident und Zuger Volkswirtschaftsdirektor, Matthias Michel, fest, dass Ausbauten auf der Gotthardachse auf die lange Bank geschoben werden. Priorisiert wird der Ausbau auf der Ost-West-Achse. Abgesehen von der Bedeutung des Nord-Süd-Korridors wäre es auch aus regionalpolitischen Gründen nicht statthaft, die Zentralschweiz zu vernachlässigen. Insbesondere würden nach der Planung des Bundes der Tiefbahnhof Luzern und ein neuer Axentunnel auf die Zeit nach 2040 verschoben. Die ZKöV ist deshalb besonders gefordert, für ihre Kernprojekte Tiefbahnhof Luzern, Zimmerberg-Basistunnel II und Axentunnel einzustehen.

Keine Kantonsgelder für nationale Infrastruktur in anderen Landesteilen

Gleichzeitig sieht der Bund vor, dass sich die Kantone im Umfang von jährlich 300 Mio. Franken am Ausbau der nationalen Infrastruktur beteiligen sollen. Für die Zentralschweiz ist diese Mitfinanzierung jedenfalls so lange kein Thema, als der Bund seine Finanzierungsverantwortung beim Regionalverkehr nicht voll wahr nimmt - er bezahlt weniger als vorgesehen. "Undenkbar ist auch, dass wir mit unseren Steuergeldern Ausbauprojekte in anderen Landesteilen mitfinanzieren sollen, selber aber leer ausgehen", meint Matthias Michel und fügt an: "Wenn schon müsste unser Steuergeld in unserer Region investiert werden."

Neue Finanzordnung gefordert

Den Grund für eine unausgegorene Vorlage ortet die ZKöV auch im Zeitdruck: Die Vorlage soll als Gegenvorschlag zu einer Initiative des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS), welche eine Umverteilung

von Geldern für die Strasse zugunsten der Schiene fordert, vors nationale Parlament kommen und unterliegt deshalb einem enormen Zeitdruck. Schon heute sind die Finanzierungsquellen für den öffentlichen Verkehr und besonders für den Schienenverkehr gewachsen und höchst vielfältig. Fehlende Transparenz und Steuerbarkeit ist die Folge. Mit den Vorschlägen des Bundes wird dieser Wirrwarr noch zunehmen, da neue Quellen (wie z.B. Kantonsbeiträge) angezapft werden sollen. Anstehende Finanzierungsungleichheiten, wie z.B. die Finanzierungslast der Kantone für Privatbahnen, werden jedoch nicht beseitigt. "Eine neue transparente Finanzordnung für den Schienenverkehr wäre nötig und dafür braucht es mehr Zeit und Geist", meint Matthias Michel. Die ZKöV folgert, dass die zwingende Verbindung mit der VCS-Initiative zu durchbrechen ist, um die grundlegenden Fragen mit dem nötigen Zeitrahmen anzugehen.

Alle Zentralschweizer Kantone werden bis Anfang Juli an der Vernehmlassung zu dieser Finanzierungsvorlage teilnehmen.

Zug, 15. April 2011

RÜCKFRAGEN

RR Matthias Michel, Präsident ZKöV, Tel. 041 728 55 00 und matthias.michel@zg.ch (am besten erreichbar am Freitag, 15. April 2011 von 14 bis 16 Uhr).